

# „Für gleiche Rechte in Ost und West: Gemeinsam kämpfen!“

Die DKP stellt fest: Mehr als zehn Jahre nach dem 3. Oktober 1990 und der Einverleibung der DDR durch die BRD wird die Enteignung und Ungleichbehandlung der Menschen im Osten Deutschlands fortgesetzt: mit den anhaltenden Angriffen auf die Bodenreform, mit der Rentenungerechtigkeit und der nach wie vor ungleichen Entlohnung in Ostdeutschland. Die Anstrengungen zur Delegitimierung der DDR und zur Verleumdung ihres antifaschistischen Grundverständnisses werden fortgesetzt.

Im sogenannten Einigungsprozeß erfolgte im Osten der Bundesrepublik ein beispielloser kapitalistischer Rückgewinnungs-, Ausplünderungs- und Restaurationsprozeß im Interesse des großen Kapitals, in dem die Reichen immer reicher wurden. Der Osten wurde zum Experimentierfeld für die Deregulierung, den Abbau sozialer Errungenschaften und bürgerlicher demokratischer Rechte in der gesamten BRD. Selbst Vertreter der Regierungsparteien müssen heute feststellen, daß die ökonomische, soziale und politische Situation in Ostdeutschland „auf der Kippe“ steht. Mit unabsehbaren Folgen. Die DKP stellt in dieser Situation in und für Ostdeutschland ihre Forderungen, und wir rufen die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, in kleinen und mittleren Unternehmen, in kommunalen Einrichtungen und Verwaltungen auf:

- ★ Stärkt die Gewerkschaften als Kampforganisationen zur Verteidigung und Durchsetzung der Interessen der Lohnabhängigen und Erwerbslosen!
- ★ Organisiert euch in sozialen und politischen Bewegungen gegen weiteren Arbeitsplatzabbau und Bildungs- sowie Ausbildungsnotstand!
- ★ Kämpft um gleichen Lohn für gleiche Arbeit, für Männer und Frauen unabhängig von ihrer Nationalität, im Osten und im Westen der Bundesrepublik Deutschland! Mit den nächsten Tarifabschlüssen muß dies endlich durchgesetzt werden!

★ Organisiert euch für den Kampf um die 35-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit auch im Osten. Zunächst in jenen Branchen, für die dies in der alten BRD schon lange gilt, später für alle Bereiche! Arbeitsplätze statt Überstunden!

★ Kämpft für gleiche tarifvertragliche Leitungen in allen Unternehmen! Dies gilt in Ostdeutschland insbesondere – neben den Arbeitszeitregelungen und tarifgemäßer Entlohnung – für Urlaubs- und Rentenansprüche sowie die Sicherstellung von Arbeitsbedingungen, die den gültigen Manteltarifverträgen entsprechen!

Die DKP stellt in diesem Zusammenhang an die Landesregierungen und die Bundesregierung, an die in den Parlamenten vertretenen Parteien die Forderung, gesetzliche Regelungen zu schaffen und durchzusetzen:

★ Vorhandene Großbetriebe müssen auch im Osten der Bundesrepublik Ausbildungsplätze in einer Größenordnung von mindestens 10 Prozent der Arbeitsplätze bereitstellen! Betriebe, die nicht ausbilden, müssen eine Ausbildungsabgabe bezahlen! Übernahme der Ausgebildeten in unbefristete Arbeitsverhältnisse!

★ Umfassende staatliche und kommunale Beschäftigungsprogramme für den flächendeckenden Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs bei Einführung sozialverträglicher Tarife, für den Ausbau von Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie zur Umweltsanierung in Ostdeutschland – vor allem zur Beseitigung der hohen Arbeitslosigkeit von Frauen und Jugendlichen – durchzusetzen!

★ Gleiche Zugangsmöglichkeiten zu den Bildungseinrichtungen sind zu sichern! Die DKP wendet sich auch in Ostdeutschland gegen die Privatisierung der Bildungsinstitutionen und gegen Studiengebühren. Bei niedrigeren Durchschnittseinkommen wäre hier die Folge von Privatisierung und Studiengebühren eine weitere Benachteiligung vor allem junger Menschen. Wir treten für die Erhöhung der Ausbildungsvergütungen bzw. Ausbildungsförderung ein.

★ Keine Teil- oder vollständige Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen! Schluß mit den Zuzahlungen der Patienten im Gesundheitswesen! Statt des „Solidarbeitrages“ für Ostdeutschland für alle Steuerzahler fordert die DKP:

★ Die großen Konzerne – wie beispielweise die Handelsketten –, die Banken und Versicherungen, die Milliardengewinne aus dem Anschluß der DDR erzielt haben, und jene, die im Rüstungsgeschäft sowie durch Börsenspekulationen Milliarden verdient haben, müssen für solche Programme zahlen!

★ Sofortige Durchsetzung eines Zinsmoratoriums für die öffentlichen Haushalte, um Mittel für die Aufgaben im sozialen, im Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturbereich freizusetzen. Dies gilt für Ost- wie Westdeutschland. In diesem Zusammenhang fordern wir die Streichung der sogenannten Altschulden für ostdeutsche Kommunen und Betriebe!

★ Streichung aller „Altschulden“ für ostdeutsche Landwirtschaftsbetriebe! Sicherung des Bodenreformlandes im Sinne der völkerrechtsverbindlichen

Festlegungen des 2-plus-4-Vertrages! Keine Ungleichbehandlung ostdeutscher Landwirtschaftsbetriebe durch EU- bzw. bundesdeutsche Regelungen und Quoten!

Die DKP sieht auch für Ostdeutschland die Aktualität ihrer Forderungen und Bemühungen um breite gesellschaftliche Bündnisse gegen Sozial- und Demokratieabbau:

★ Schluß mit den gesetzlichen Sonderregelungen, mit denen das Rückwirkungsverbot für das Gebiet der früheren DDR de facto aufgehoben wurde! Schluß mit den Verfolgungen, Urteilen und Haftmaßnahmen gegen Bürger der DDR, die im Rahmen der damals geltenden Gesetze – einschließlich der Regelungen der sowjetischen Besatzungsmacht, des alliierten Kontrollrates bzw. später der Festlegungen des Warschauer Vertrages – gehandelt haben!

★ Die Opfer des kalten Krieges in der Alt-BRD sind zu rehabilitieren, ihre Rentenausfälle wegen Haftzeit oder Strafmaßnahmen sind in vollem Umfang auf der Grundlage des Rentenrechtes auszugleichen. Alle Opfer von Berufsverboten in der Bundesrepublik Deutschland sind zu rehabilitieren und zu entschädigen. Ihre zukünftige Einstellung in den öffentlichen Dienst ist bei vorhandenem Wunsch zu gewährleisten.

★ Aufhebung jener Einschränkungen, denen Bürger der früheren DDR aufgrund des Einigungsvertrages bzw. weiterer Gesetze im Hinblick auf die Verwirklichung grundlegender sozialer und politischer Menschenrechte unterliegen. Dies betrifft sowohl die anhaltende Überprüfungspraxis wie die Nichtanerkennung bestimmter Berufsabschlüsse, von Rentenansprüchen, Enteignung usw.!

★ Schluß mit der anhaltenden Delegitimierung und Diffamierung der DDR durch Politik, Justiz und bürgerliche Medien! Die Realität der DDR muß objektiv dargestellt werden. Fakten und die Darstellung von Entwicklungsprozessen sowie Zusammenhängen sollte es jedem ermöglichen, einen eigenen Standpunkt zu entwickeln. Antikommunismus darf diese notwendige sachliche Auseinandersetzung nicht länger behindern.

In der gegenwärtigen prekären ökonomischen, sozialen und politischen Situation, wie sie in Ostdeutschland existiert, bieten Neofaschisten und andere rechte Demagogen scheinbar Lösungen für die soziale und politische Misere. Damit haben sie teilweise Erfolg.

Wenn sich die Lebensbedingungen radikal verschlechtern, demokratische Grundrechte eingeschränkt werden, Menschen über lange Zeiträume als Bürger zweiter Klasse behandelt werden und der Staat, in dem sie gelebt haben, sowie Antifaschisten diffamiert werden, wenn Antikommunismus Staatsdoktrin ist, kommt „rechts“ zum Zuge.

Die DKP fordert von der Bundesregierung und dem Bundestag deshalb – für den Osten wie den Westen der Bundesrepublik Deutschland:

★ NPD, Republikaner und DVU sind als Parteien zu verbieten. Artikel 139 Grundgesetz verlangt dies nachdrücklich. Ersatzorganisationen sind aufzulösen und ebenfalls zu verbieten. Diese Verbote werden dann wirksam, wenn sie verbunden werden mit einer gesellschaftlichen Kampagne zur Aufklärung über den Faschismus und einer Diskussion, die das Ziel hat, Verhältnisse zu ändern, die Neofaschismus hervorbringen bzw. begünstigen.

Um ihre Geschicke in die eigenen Hände zu nehmen, müssen sich Menschen ihrer Lage bewußt werden und sich organisieren. Die DKP wird dazu auch in den neuen Bundesländern ihren Beitrag leisten. Sie ruft ihre Mitglieder, Freunde und Sympathisanten auf:

★ Tragen wir in Ost- wie Westdeutschland zu starken außerparlamentarischen Bewegungen und zur Gegenwehr gegen Sozial- und Demokratieabbau, gegen Militarisierung der Gesellschaft und Kriegseinsätze, gegen die Ausländergesetzgebung, gegen Rassismus und Faschismus bei!

★ Nutzen wir diese Möglichkeiten zu einem breiten Bündnis, wenn es gegen Miethaie, Wohnhausabriss, Verteuerung von Verkehrstarifen und im Gesundheitswesen geht!

Sie ruft ihre Freunde und Sympathisanten auf: Stärkt die DKP und die UZ, werdet Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei! Die DKP ist der Auffassung, daß sich soziale und politische Grundrechte nur durch den gemeinsamen Kampf von Betriebsbelegschaften in Ost und West, der Gewerkschaftsorganisationen, der politischen und sozialen Bewegungen sowie Organisationen in Ost und West verteidigen und durchsetzen lassen. Kämpfen wir für eine sozialistische Zukunft hier und weltweit! Die Grundinteressen der arbeitenden Menschen sind überall die gleichen!